Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim.
Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 503. **Mittwoch** den 3. October 1900. **94. Jahrgang.**

Deutschland, Rußland und die Polen.

Der Besuch mehrerer preußischer Minister in Polen hat die klerikale Presse derart in Harnisch versetzt, daß sie sich nicht mehr damit begnügt, allerlei innere Gefahren für den Fall einer energischen Germanisirungspolitik an die Wand zu malen, sondern daß sie sogar das Schreckgespenst internationaler Gefahren heraufbeschwört.

An zwei Tagen hintereinander hat die „Köln. Volksztg." die Möglichkeit erörtert, daß eine Verbrüderung zwischen Russen und Polen zum Nachtheile Deutschlands stattfinden könnte. Es wird eine Reihe von Fällen zum Beweise dafür angeführt, daß die russische Regierung jetzt den Polen gegenüber eine auffallende Milde und Nachsicht walten lasse, die auch von den Polen dankbar anerkannt werde. Das rheinische Blatt schließt mit der Warnung: „Sollen wir nun die Polen dem bisher von ihnen aufs Bitterste gehaßten Kosakenstaate mit Gewalt in die Arme treiben, indem wir das Gegentheil (nämlich zu der gerühmten russischen Milde) thun und die Polen noch härter bedrücken?"

Die „Köln. Volksztg." mag sich beruhigen: der Zeitpunct wird nicht kommen, da der Pole den Russen als Bruder anerkennt. Die Feindschaft zwischen Polenthum und Russenthum datirt nicht erst seit den Zeiten der Theilung Polens, sondern sie geht viele Jahrhunderte weit zurück. Beide Nationen betrachten einander von jeher als Erbfeinde. So ist es auch zu erklären, daß nach der Theilung Polens die russischen Polen viel häufiger gefährliche Aufstände im größten Stile hervorgerufen haben, als die preußischen, obgleich das russische Polen sich zunächst viel größerer Freiheiten erfreute, als die preußische Ostmark.

In dem der letzten polnischen Revolution von 1863 folgenden Menschenalter aber hat nun die russische Regierung die Polen unvergleichlich härter behandelt, als es preußischerseits geschehen ist. Rußland ist dabei mit jener Rücksichtslosigkeit verfahren, die nur in einem absolutistischen Staate möglich ist, wo Gesetze erlassen und Menschen auf administrativem Wege verschickt werden können, ohne daß eine parlamentarische Körperschaft etwas darein zu reden hat. An diesen Thatsachen wird nicht so schnell etwas dadurch geändert, daß ein Beitrag zum Wiederaufbau des Glockenthurms im Kloster Czenstochau geleistet wird. Der Haß der Polen gegen die Russen ist durch die Vorgänge im letzten Menschenalter ein viel leidenschaftlicherer, als er es zur Zeit der Aufstände von 1830 und 1863 war. Erst vor einem Jahre hat sich dieser Haß unverhüllt gezeigt, als nämlich bei der Paladin-Feier ein russischer chauvinistischer General die Verbrüderung aller slavischen Stämme feierte. Da haben es die österreichischen Polenblätter geradezu als eine Unverschämtheit bezeichnet, den Polen von einer Versöhnung mit ihrem russischen „Henker" zu sprechen. Es ist auch völkerpsychologisch ganz natürlich, daß man eine stammverwandte Nation, von der man unterdrückt wird, viel leidenschaftlicher haßt, als eine fremde Rasse.

Es sind aber nicht nur die Gemüthsempfindungen, welche die Polen von einer Annäherung an Rußland auf Kosten Deutschlands zurückhalten müssen, sondern auch Erwägungen praktisch-politischer Art. Was könnten sich denn die Polen von einem siegreichen Kriege Rußlands gegen Deutschland erhoffen? Sie wissen ganz genau, daß Rußland in diesem Falle wahrlich nicht aus dem russischen und dem preußische Polen ein selbstständiges Königreich Polen wieder herstellen würde, sondern daß es sich einfach die preußischen Grenzprovinzen als Provinz angliedern würde. Je größer aber das polnische Gebiet Rußlands wäre, desto schärfere Fesseln müßte Rußland den Polen auferlegen, um sich nach Möglichkeit gegen Lostrennungsgelüste zu schützen.

Aus dem eben Gesagten soll nicht etwa gefolgert werden, daß die russischen Polen sich im Falle eines deutsch-russischen Krieges auf die Seite Deutschlands stellen würden. Schon vor Jahr und Tag haben deutsche gute Kenner der Verhältnisse davor gewarnt, etwa darauf zu hoffen, daß sich Russisch-Polen beim Einrücken deutscher Regimenter gegen Rußland erheben würde; sie haben es vielmehr als ganz sicher bezeichnet, daß die Polen in Rußland nicht einen Finger rühren und sich völlig neutral verhalten würden.

Dies ist auch vom polnischen Standpuncte aus allein das Vernünftige. Die Polen können im Interesse ihrer Aspiration nichts inniger wünschen, als daß es Deutschland und Rußland ergehe, wie den beiden Löwen, die sich im Walde trafen und einander bis auf die Schwänze auffraßen. Denn nur bei einer völligen saignée à blanc beider Staaten könnte eine allgemeine polnische Erhebung Aussicht auf Erfolg haben.

Deshalb wäre ein Krieg zwischen den beiden Großmächten den Polen höchst erwünscht und deshalb hetzen auch jene polnischen Artikelschreiber, die, wie schon Bismarck hervorgehoben hat, in der russischen Presse einen großen Einfluß haben, auf jede nur denkbare Weise gegen Deutschland. Gerade darum aber werden Deutschland und Rußland es sich doppelt überlegen, sich auf einen Kampf gegen einander einzulassen; gerade darum hat aber auch die preußische Regierung keine Veranlassung, bei der Germanisirung Polens Besorgnisse vor einem Anschlusse der Polen an Rußland zu hegen.

Die Wirren in China.

v. Es wird jetzt officiell bestätigt, daß ein telegraphisch übermittelter

Brief des Kaisers von China

an den deutschen Kaiser gelangt ist. Derselbe hat nach der „Nordd. Allg. Ztg." folgenden Wortlaut:

„Seine Majestät der Kaiser von China entbietet Eurer Majestät dem Kaiser seinen Gruß. Daß Eurer Majestät Gesandter Freiherr v. Ketteler als Opfer der plötzlich in China ausgebrochenen Empörung gefallen ist, ohne daß es Unsere Beamten verhindern konnten, und daß dadurch die freundschaftlichen Beziehungen getrübt sind, haben Wir bereits auf das Tiefste beklagt und bedauert. Durch eine Verordnung vom heutigen Tage verordnen Wir, daß für den Verstorbenen an einem Altare geopfert wird, und haben den Großsekretär Kuanlong angewiesen, an einem Altare Trankopfer darzubringen. Die Handelssuperintendenten der nördlichen und südlichen Häfen haben zugleich Befehl erhalten, bei der Ueberführung des Sarges in die Heimath alle nöthigen Vorkehrungen zu treffen. Bei der Ankunft des Sarges in Deutschland verordnen Wir die Darbringung eines zweiten Opfers an einem Altare und haben mit Vollziehung desselben den Vicepräsidenten des Finanzministeriums Lum-hat-kuan beauftragt. Es soll dadurch Unser Schmerz und Unser Gedenken an den Verstorbenen zum Ausdrucke gebracht werden. Deutschland hat mit China stets die freundschaftlichsten Beziehungen unterhalten. Wir hoffen daher fest, daß Euer Majestät vor allen Dingen die großen gemeinsamen Interessen Chinas und des Auslandes schützen und deshalb allem Groll entsagen werden, damit sobald als möglich der Friede vereinbart werden kann, und eine allseitige Eintracht für ewige Zeit ermöglicht wird. Das ist Unsere sehnlichste Hoffnung und Unser lebhaftester Wunsch."

Der Inhalt deckt sich im Allgemeinen mit dem von uns schon mitgetheilten Auszuge. Nach der ganzen Haltung, welche unser Auswärtiges Amt bisher eingenommen hat und einnehmen mußte, ist nicht daran zu denken, daß an maßgebender deutscher Stelle nunmehr „allem Groll entsagt" wird. Wollte man auch nachlassen, daß die chinesische Executive den Mord und die übrigen Greuelthaten sühnt — obwohl solche Nachgiebigkeit ein verhängnißvoller Fehler wäre, und wir sie aufs Aeußerste widerrathen müssen — so könnte man sich doch mit einer solchen so gut wie nichts bedeutenden „Genugthuung" schon deshalb nun keinen Preis begnügen, weil chinesische Gerichte einen von Chinesen an Volksgenossen verübten Mord stets mit dem Tode des Verbrechers sühnen. Es wäre geradezu eines der ganzen Hochmuth der chinesischen Machthaber und die absolute Verachtung der Fremden bekundende Verhöhnung Deutschlands und des deutschen Kaisers, wenn der Mörder des Freiherrn von Ketteler, des officiellen Repräsentanten des deutschen Reichs in Peking, frei ausginge, weil er keinen Chinesen, sondern nur einen „fremden Barbaren" über den Haufen geschossen hat. Welchen Eindruck würde eine solche „Erledigung" auf das gesammte Chinesenthum machen müssen! Dasselbe könnte ja nicht anders, als in dem Telegramm des chinesischen Kaisers eine Prämie für Fremdenhaß und Fremdenniedermetzelung erblicken, und die Folge wäre, daß über kurz oder lang ähnliche, aber noch furchtbarere Blutthaten die Welt mit Grauen erfüllen würden.

Während wir dies schreiben, geht uns kurz vor Schluß der Redaction der Wortlaut der

Antwort des deutschen Kaisers

zu. Die „Nordd. Allg. Ztg." berichtet weiter:

Kaiser Wilhelm antwortete mit nachstehendem Telegramm vom 30. September: „An den Kaiser von China. Ich, der deutsche Kaiser, habe das Telegramm Eurer Majestät des Kaisers von China erhalten. Ich habe daraus mit Genugthuung ersehen, daß Euer Majestät bestrebt sind, die schändliche, jeder Cultur hohnsprechende Ermordung Meines Gesandten nach dem Gebrauche und der Vorschrift Ihrer Religion zu sühnen. Doch kann Ich als deutscher Kaiser und Christ diese Unthat durch ein Trankopfer nicht als gesühnt erachten. Neben Meinem ermordeten Gesandten ist eine große Zahl von Brüdern christlichen Glaubens, Bischöfe, Missionare, Frauen und Kinder, vor den Thron Gottes getreten, die um ihres Glaubens Willen, der auch der Meinige ist, unter Martern gewaltsam gestorben sind und als Ankläger Eurer Majestät erscheinen. Reichen die von Eurer Majestät befohlenen Trankopfer für alle diese Unschuldigen aus? Ich mache nicht Eure Majestät persönlich verantwortlich für die Unbill, welche gegen die bei allen Völkern für unantastbar geachteten Gesandtschaften verübt worden ist, noch für die schwere Kränkung, welche so vielen Nationen und Confessionen und den Unterthanen Eurer Majestät, die Meinem christlichen Glauben angehören, zugefügt worden ist. Aber die Rathgeber des Thrones Eurer Majestät, die Beamten, auf deren Häuptern die Blutschuld des Verbrechens ruht, das alle christlichen Nationen mit Entsetzen erfüllt, müssen ihre Schandthat büßen, und wenn Euer Majestät sie der verdienten Strafe zuführen, so will Ich dies als Sühne betrachten, die den christlichen Nationen genügt. Wollen Euer Majestät Ihren Kaiserlichen Arm dazu leihen und hierbei die Unterstützung der Vertreter aller beleidigten Nationen genehmigen, so erkläre ich Mich Meinerseits damit einverstanden. Auch würde Ich die Rückkehr Eurer Majestät nach der Hauptstadt Peking zu diesem Zwecke gern begrüßen. Mein Generalfeldmarschall Graf Waldersee wird den Befehl erhalten, nicht nur Euer Majestät nach Rang und Würde ehrenvoll zu empfangen, sondern auch Eurer Majestät jeden militärischen Schutz zu gewähren, den Sie wünschen und dessen Sie vielleicht auch gegen die Rebellen bedürfen. Auch Ich sehne Mich nach Frieden, aber nach einem Frieden, der die Schuld sühnt, das begangene Unrecht in vollem Umfange und nach jeder Richtung hin wieder gut macht und allen Fremden in China volle Sicherheit bietet an Leib und Leben, an Hab und Gut, besonders aber zu freier Ausübung ihrer Religion.

Wilhelm I. R."

Das ist eine feste, entschiedene und würdige Sprache, die dem tiefen Ernst der Lage vollkommen gerecht wird. Wir freuen uns, feststellen zu können, daß der Kaiser so geantwortet hat, wie wir es voraussetzten. Trankopfer genügen nicht — die Schuldigen müssen bestraft werden, und zwar soll der Kaiser von China, so viel in seinen Kräften steht, mithelfen zu voller Sühne. Der betreffende Satz ist, wenn nicht Verstümmelung durch den Telegraphen vorliegt, absichtlich etwas zweideutig gelassen, aber es soll dem Herrscher Chinas wohl zu verstehen gegeben werden, daß er selbst und allein nicht die Kraft und den Muth besitzt, energisch durchzugreifen und mit eigener Hand das Todesurtheil zu unterschreiben und seine Vollziehung anzuordnen, nicht weil man sich deshalb deutscherseits begnügen will, wenn er die Schuldigen der verdienten Strafe zuführt, d. h. doch wohl, sie ausliefert. Will er sie selbst vor den Richter bringen und strafen, auch gut, dann aber müssen ihre Köpfe vor den Augen der fremden Gesandten in den Sand rollen!

Die Bestrafung der Pekinger Mordgesellen, der „großen" wie der „kleinen" muß also erfolgen, sie muß möglichst durch die verbündeten Mächte geschehen und sie muß allem Uebrigen voraufgehen. Deshalb können wir uns auch nicht mit dem

neuen französischen Vorschlag

einverstanden erklären, über welchen der „Voss. Ztg." das Folgende berichtet wird:

* **London**, 2. October. (Telegramm.) Der Wiener Berichterstatter der „Morning Post" erfährt, die österreichische Regierung empfing eine französische Circularnote, die, wie Delcassé ausführe, den doppelten Zweck verfolge, die Lösung des chinesischen Problems zu beschleunigen und die Ueberreichung entschlossener Vorschläge der Verbündeten an die chinesischen Bevollmächtigten Tsching und Li zu gestatten. Die Vorschläge der französischen Note seien entworfen worden im Einklang mit den Ideen, die Delcassé von Zeit zu Zeit ausgedrückt, wie auch mit den Anschauungen, die die Minister anderer Staaten in Rom oder Unterhaltungen mit den bei ihren Herrschern beglaubigten Botschaftern bekundet haben. Pichon's Meinung über die Lage wäre ebenfalls erwogen worden. Die Note betone in Uebereinstimmung mit Bülow's Rundschreiben die absolute Nothwendigkeit der Genugthuung für die Ermordung Ketteler's und den Angriff auf die Legationen zu erlangen. Europa müsse zeigen, daß es die für diese Ausschreitung gegen das Völkerrecht verantwortlichen Chinesen erreichen könne, aber während Genugthuung verlangt, nöthigenfalls durch Waffengewalt erzwungen werde, sollten die europäischen Gesandten in Peking im Stande sein, wenn die Mächte der Note grundsätzlich beipflichten, unverzüglich Unterhandlungen mit Tsching und Li über die übrigen Fragen anzuknüpfen. Diese betreffen die von Staaten, Missionen, industriellen Gesellschaften und Individuen beanspruchten Schadloshaltungen für die während der jüngsten Ereignisse verursachten Schäden; ferner die Frage der Bürgschaften, daß ähnliche verbrecherische Handlungen nicht wieder vorkommen. Die französische Regierung denke, daß die beste Weise, die Integrität des chinesischen Reiches zu wahren, darin bestehe, China zu verhindern, auf seine Militärmacht zu pochen. Die Note schlage daher die beständige Dauer des Verbots gegen die Einfuhr von Waffen und Munition nach China vor, sowie die Schleifung der Befestigungen zwischen Peking und dem Meere und die Bewachung der Legationen durch ständige militärische Schutztruppen. Der Pariser Berichterstatter des „Morning Post" meldet, Rußland sei vollkommen in Uebereinstimmung mit dem Inhalt der französischen Note und die deutsche Regierung habe die Note in Unterredungen mit dem französischen Botschafter in Berlin rückhaltlos grundsätzlich angenommen. Japan nehme dieselbe Stellung ein wie Deutschland. Die Note sei zu dem Zweck entworfen worden, den prompten Beitritt Großbritanniens zu sichern.

Also Deutschland soll, obwohl am meisten engagirt, am frechsten beleidigt und verhöhnt, mit seinen Ansprüchen in den Hintergrund treten, weil England eifersüchtig auf diesen energischen Blutsfreundes Chinas ist und nicht dulden will, daß es bei der Abrechnung die erste Rolle spielt, die selbst zu übernehmen ihm wegen seines afrikanischen Vorrhnsieges unmöglich ist. Wir können nicht glauben, daß die deutsche Reichsregierung sich mit der französischen Circularnote, wenn sie überhaupt ergangen ist, einverstanden erklärt hat.

Sonst verzeichnen wir noch folgende

weitere Meldungen:

* **London**, 2. October. (Telegramm.) „Reuter's Bureau" berichtet aus Taku unter dem 29. September: Die Expedition nach Pautingfu ist bis zum 6. October hinausgeschoben worden. Die daran theilnehmenden Truppen aus Peking werden von dem General Gaselee, die aus Tientsin von einem deutschen General befehligt werden. — Die Zahl der amerikanischen Truppen, die unverzüglich nach Manila zurückkehren, beläuft sich auf 4000. — Russen besetzten Tangschau, ohne Widerstand zu finden. — Chinesische Blätter berichten, Li-Hung-Tschang werde demnächst den viceköniglichen Siegel von Tschili übernehmen. In den Kreisen der Fremden mißt man dieser Nachricht keinen Glauben bei.

* **London**, 2. October. „Morning Post" berichtet aus Washington unter dem 1. October: Der Staatssekretär des Auswärtigen Hay ist hier eingetroffen und hat sich sofort nach dem Staatsdepartement begeben, von wo aus er an den amerikanischen Gesandten in Peking Conger telegraphirte.

* **Petersburg**, 2. October. (Telegramm.) „Nowoje Wremja" veröffentlicht ein Telegramm des Generalgouverneurs des Amur-Gebiets Grodekow, in dem dieser den Truppen des Generals Rennenkampf und diesem selbst das höchste Lob spendet und ihnen seinen Dank ausspricht. Der Marsch des Generals Rennenkampf von Aigun nach Mergen und die Einnahme dieser Stadt, heißt es in der Depesche, seien ein Muster dafür, wie man kämpfen und den Feind unermüdlich verfolgen müsse. Jede Sotnie und Truppenabtheilung Rennenkampf's erhält fünf, jede Batterie vier und jede Compagnie zwei Militärorden. — Der „Rossija" wird aus Odessa geschrieben, daß die Schutzwache der mandschurischen Eisenbahn auf 11 000 Mann verstärkt worden ist. (Wiederholt.)

* **Berlin**, 2. October. (Telegramm.) Der Kreuzer „Geier" ist am 29. September in Taku eingetroffen.

Von denjenigen Seiten, die die deutsche Chinapolitik bekämpfen und überhaupt von einer überseeischen Ausdehnung nichts wissen wollen, werden bekanntlich sehr heftige Angriffe gegen die

Missionare

gerichtet, die man in erster Linie, wenn nicht ausschließlich, für den Ausbruch des Fremdenhasses in China verantwortlich macht. Daß die Missionen im Zusammenhang mit anderen Erscheinungen, wie dem Vordrängen europäischer Cultur im Allgemeinen, gegen chinesische Anschauungen und Vorurtheile verstoßen haben, liegt, so schreibt die „Kölnische Ztg.", auf der Hand, und es kann auch nicht bestritten werden, daß von seiten mancher Missionen Fehler begangen wurden, die zur Aufreizung weiter Bevölkerungsschichten beigetragen haben. Soweit wir bis jetzt sehen konnten, haben sich solche Vorwürfe weniger gegen die deutschen Missionen gerichtet, als gegen die anderer Nationen, und auch außerhalb Chinas fehlt es nicht an schlagenden Beispielen, um zu beweisen, daß die Leiter von Missionsanstalten ihre eigentliche Aufgabe weit weniger in echt christlicher Bekehrung von Heiden, als in der Erreichung politischer Zwecke und in der Befriedigung ihrer Herrschsucht suchten. Wir verweisen nur auf Samoa, wo die jüngsten Wirren ganz wesentlich auf die Thätigkeit englischer Missionare zurückzuführen waren. Unter diesen Umständen ist es von besonderem Interesse, die Verhandlungen des allgemeinen evangelisch-protestantischen Missionsvereins zu verfolgen, dessen Jahresversammlung am 27. September in Hamburg abgehalten wurde. Auf dieser Versammlung hat der Rector der Berliner Universität, Professor Harnack, einen Vortrag gehalten, der sich durch große Sachlichkeit und Heranziehung neuer Gesichtspuncte auszeichnet. Er vertheidigt die Missionare gegen den Vorwurf, als ob sie allein den Fremdenhaß hervorgerufen hätten. Denn wenn auch wohl Manches von ihnen versehen worden sei, so habe sich doch das Eindringen einer neuen Religion in ein Land noch niemals ohne schwere Krisen vollzogen, die um so heftiger seien, je höher das Volk entwickelt ist. Sodann tritt Harnack mit großem Nachdruck dafür ein, daß zu Gunsten der christlichen Missionen niemals Gewalt einzusetzen oder Gewalt für sie anzurufen sei. Indem er offenbar von dem Grundsatze ausgeht, daß die Mission lediglich ein Werk christlicher Propaganda und christlicher Liebe sein soll, legt er dann in folgender Weise die Grundsätze dar, nach denen die Thätigkeit der Missionen geregelt werden sollte: „Schutz soll von den Missionen nicht gefordert und ihnen nicht gewährt werden um der christlichen Religion willen. Es ist anzustreben, daß sämmtliche Missionen in gewissen Ländern und unter gewissen Bedingungen ihr Heimathsrecht zeitweilig vorläufig aufgeben. In Gegenden, wo der Missionar in Zeiten der Verfolgung nicht unter allen Umständen bei seiner Heerde bleiben kann, soll er nicht hingehen. Wo es zeitweilig durch den Gang der politischen Verhältnisse der Mission unmöglich gemacht ist, dem Frieden zu dienen, da hat sie zurückzutreten, selbst auf Kosten des Errungenen. Damit die Mission möglichst unabhängig bleibt von politischen Verwickelungen, sollen nicht die Landeskirchen als solche Missionen treiben, sondern, wie bisher, freie private Vereine." Die Versammlung „erklärte sich mit Harnack in allen wesentlichen Puncten einverstanden". Zugleich aber begrüßt sie „alle staatlichen Bestrebungen mit Freude, die die Hütte der christlichen Gesittung und der Gewissens- und Religionsfreiheit schützen und ihre Verbreitung fördern".

In dieser Stellungnahme trägt die Generalversammlung, was den letzten Punct anlangt, den thatsächlichen Verhältnissen Rechnung, wie es auch für den Staat außer aller Frage steht, daß er seine Angehörigen, seien sie Missionare oder etwas Anderes, beschützen muß, wenn man sich im Auslande in ungerechter Weise gegen sie vergeht. Was die chinesischen Wirren und die Angriffe auf die Missionen anbelangt, so haben wir es mit vollendeten Thatsachen zu thun, denen wir Rechnung tragen müssen. Für das Missionswesen der Zukunft aber können die von der Generalversammlung gebilligten Thesen des Professor Harnack von großer Wichtigkeit werden, denn sie enthalten Grundsätze, bei deren Befolgung in vielen Fällen beklagenswerthe Conflicte vermieden werden könnten. Man darf gespannt sein, wie andere, katholische und ausländische Missionsvereine, sich zu den Beschlüssen der protestantischen Hamburger Versammlung stellen werden.

„China und das Völkerrecht"

ist der Gegenstand eines Aufsatzes von Prof. Jellinek in Heidelberg in der neuesten Nummer der „Deutschen Juristen-Zeitung". Wir heben daraus folgende Sätze hervor:

Es ist dem weit verbreiteten populären Urtheil zu begegnen, daß das Völkerrecht nothwendig wie für jeden Staat, so auch für China gelte. Das in der europäischen christlichen Staatenwelt entstandene Völkerrecht gilt vielmehr nur für die Staaten, die es anerkannt und nur, insoweit sie es anerkannt haben. So ist die Türkei erst 1856 in das Concert der Mächte und damit in die volle Gemeinschaft des Völkerrechts aufgenommen worden. Daß China jedoch das abendländische Völkerrecht in Bausch und Bogen angenommen habe, wäre eine ganz unerweisliche Behauptung. Anders als die Japaner, die bewußt mit ihrer ganzen Vergangenheit gebrochen haben, hat China nur höchst widerwillig, äußerem Drucke nachgebend, seine uralte Abschließung gegen fremde Nationen durchbrochen und einen beschränkten Verkehr mit den civilisirten Staaten begonnen. Niemals aber hat es seine hochmüthigen politischen Prätensionen und Fictionen aufgegeben. Völkerrecht setzt in erster Linie Anerkennung der Staatengemeinschaft und der selbstberechtigten Persönlichkeit von deren einzelnen Mitgliedern voraus. An dieser negirenden Haltung Chinas gegenüber dem Völkerrecht hat auch der moderne Gesandtschaftsverkehr nichts geändert. Wenn es auch die fremden Gesandten heute ablehnen, sich den entwürdigenden Ceremonien zu unterwerfen, die bis vor Kurzem der Hof von Peking den ihnen forderte, so hat dieser doch keineswegs die Coordination der auswärtigen Mächte mit China öffentlich seinem Volke gegenüber anerkannt. Die Stellung der fremden Gesandten in China beruht nicht auf dem Völkerrechte schlechthin, sondern auf Privilegien, die in Verträgen enthalten sind. Ein Angriff auf einem Gesandten bedeutet daher für China blos einen Vertragsbruch, nicht Verletzung einer grundsätzlich anerkannten Norm des Völkerrechts. Die Vorstellung von der Heiligkeit der Verträge, von der Bindung des Staates an sein einmal gegebenes Wort ist in China nicht vorhanden. Lüge, Verstellung und Heuchelei gehören in dem Maße zum Inventar chinesischer Regierungskunst, daß ihr die Verwerfung derartiger politischer Mittel nicht als sittlicher Vorzug, sondern als tadelnswerthe Schwäche oder sträfliche Thorheit erscheint. Aller Fortschritt im Völkerrecht kann als Fortschritt in dem Bewußtsein der Nothwendigkeit der Vertragstreue bezeichnet werden. Seit den ältesten Zeiten hat es Staatsverträge gegeben, die einen durch augenblickliche Umstände gebotenen modus vivendi zwischen zwei Staaten darstellen.